

Entschließung

des Nationalrates vom 20. November 2014

betreffend Schutz vor IS-Terror und Versorgung der Stadt Kobane

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres werden aufgefordert, im Rahmen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und anderen internationalen Organisationen, sowie in bilateralen Kontakten mit den Staaten in der Region, auf die Dringlichkeit der Unterstützung der Zivilbevölkerung in den betroffenen kurdischen Gebieten, insbesondere der Stadt Kobane, sowie auf den notwendigen Schutz betroffener Minderheiten wie Kurden, Christen und Jeziden hinzuweisen und sich dafür einzusetzen, dass zur Vermeidung einer humanitären Katastrophe die Versorgung und die Selbstverteidigung der Stadt Kobane ermöglicht werden.